1.30

Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 14 1. 12. 1973

INLAND

AUSLAND

DOKUMENTATION

6 FRANKFURT
homburger str. 36
tel. 0611/77 46 96

postscheckkonto
w. spruck; frankfurt 60
nr. 525228-602

BÜROZEITEN:
mo, mi, fr, 10 -14uhr

REDAKTIONSSCHLUß
FREITAG 20 uhr!

verantwortlich:
peter m. borch
1 berlin 33

KONTAKTZENTREN

1 BERLIN
links-unten red.
tel. 8511344

2 HAMBURG
buchladen manifest
schlüterstr. 79
tel. 44 40 03

463 BOCHUM-querenbg
evang. stud. gemeinde
lennershofstr. 66
baracke VIII
tel. 701465

5 KÖLN
pol. buchladen
zülpicher str. 197
tel. 44 61 71

74 TÜBINGEN
aktion-pol. buchladen
nauklerstr. 20

8 MÜNCHEN
basis-buchhandlung
adalbertstr. 41 b
089/2809522

MONATSABONNEMENT 5.-

2. dezember 73

keine politik kann besser sein als die informationen, denen sie zugrunde liegt.

druckerei

redaktionsschluß für ID war bisher freitags 20 uhr, gedruckt wurde am sonntag nachmittag. in ausnahmefällen wurden auch noch am samstag nachrichten bearbeitet, und in der regel wurde das ID-bulletin in der nacht zum sonntag druckfertig. in den letzten wochen ist es aber so gewesen daß entweder die druckmaschine kaputtging oder unser drucker krank geworden ist. so hatte sich das drucken auf montag verschoben, und der versand erfolgte erst am montag abend oder am dienstag. um diesem zeitverlust zu entgehen, wird ID ab jetzt am samstag nachmittag gedruckt und der redaktionsschluß auf freitag mittag vorverlegt. es könnte alles viel schneller gehen, nur unsere versand-technik entspricht noch dem anfangsstadium, in dem sich der ID gegenwärtig noch befindet. wir bemühen uns, gut zu drucken und die bulletins einigermaßen grafisch zu gestalten, was bei einem öfteren erscheinen durch die aktualität wahrscheinlich in den hintergrund gedrängt wird.

versand

wenn die eine oder andere sendung bei unseren abonnenten überhaupt nicht ankommt, so ist meistens die post und nicht unser versand daran schuld. besonders schlimm ist es in westberlin, wo regelmäßig dutzende von ID's auf dem postweg spurlos verschwinden. WIR BITTEN DESHALB DIE POSTBEAMTEN, UNS ZU MELDEN, WENN SIE IRGENDWELCHE OBSKUREN PERSONEN MIT ID-PAKETEN IN IHREN AMTSRÄUMEN BEOBACHTEN, DAMIT WIR GEGEN SIE STRAFANZEIGE ERSTATTEN KÖNNEN.

abonnenten

zur zeit wird ID in 800 exemplaren gedruckt, und wir beabsichtigen nicht, die auflage zu erhöhen, weil ID sich nicht als zeitung versteht, sondern als presse- und nachrichtenagentur, d.h., wir sind an der weiterverbreitung der nachrichten interessiert und wollen nicht mit den bestehenden linken zeitungen wetteifern. die abonnentenzahl erhöht sich täglich, sie liegt jetzt bei ca. 300 bestellungen, der rest wird vorläufig an buchläden verschickt.

korrespondenten

es mangelt noch immer an eigenen recherchen und berichten, die über die üblichen pressemitteilungen hinausgehen, bei den meisten fehlt es an hintergrundmaterial, dafür beinhalten sie viel bekenntnis "zu der sache" und wenig tatsachen. gerade die aber brauchen wir, um dem bürgerlichen lumpenjournalismus durch eine neue qualität der berichte begegnen zu können.

"reaktive" nachrichten

eines der kriterien, die wir uns gesetzt haben, war, daß unsere nachrichten gebrauchsgegenstände werden müßten. der großteil der nachrichten, die uns zugeschickt werden, besteht aber aus berichten über verhaftungen, erschießungen, hausdurchsuchungen und prozeßankündigungen, die meistens auf die b e s o n d e r h e i t e n der sache nicht eingehen, so daß man aus ihnen nichts lernen kann und die auch für die argumentation nicht weiterhelfen können. deshalb haben wir jetzt eine kleine "justiz-kiste" angelegt und werden solche berichte gesammelt weitergeben. gleichzeitig müssen wir die eigenen recherchen verstärken. ES GESCHIEHT DOCH SO VIELES IM BETRIEB, IN DER SCHULE, IN DER STADT! wir haben in redaktionssitzungen unentwegt diskutiert über die "proportionen", d.h., welchen teil in den nachrichten die repressionen einnehmen sollen, auch dann, wenn sie bisher bei den zugeschickten nachrichten überwiegen. DAZU BITTEN WIR UM EURE STELLUNGNAHME!

OBERLIEDERBACH (ID)
30. november 73

DER KAMPF DER FARBWERKE HOECHST GEGEN LEHRLINGE UND IHRE BETREUER

am 20. februar dieses jahres kündigte hoechst fünf bewohnern des lehrlingswohnheims in liederbach, mit der begründung, daß ads heim überbelegt sei, und das jugendamt hoechst die empfehlung gegeben hatte, die zimmer höchstens mit vier personen zu belegen. tatsächlich wohnen in einigen räumen bis zu sechs jugendliche, denn bei der einstellung der lehrlinge ignorierte hoechst diese empfehlung. der betriebsrat hat eine geheimgehaltene vereinbarung mit der werksleitung, wonach alle über 18-jährigen das wohnheim verlassen müssen.

bewerber aus anderen gebieten beginnen ihre ausbildung in dem glauben, bis zur prüfung in dem wohnheim bleiben zu können, zumal sie darauf angewiesen sind, und es ihnen auch versprochen wird.

nachdem die anderen bewohner sich geschlossen hinter die im februar gekündigten kollegen gestellt hatten, beschloß die werksleitung, das ganze heim II zu schließen. die lehrlinge und ihre betreuer, zwei praktikanten, vermuten dahinter politische motive und erinnern an die vorfälle im juli 69 in den wohnheimen eschborn und oberliederbach, wo man polizei gegen demonstrierende lehrlinge eingesetzt hatte, als das heim in eschborn geschlossen wurde.

der betriebsrat hatte zuvor erklärt, daß den bewohnern dieses heimes der wohnplatz bis zum ende ihrer lehre erhalten bleibt, und daß heim II keinem anderen verwendungszweck zugeführt wird. am 19.9.brach er sein wort. er erklärte sich mit einem anderen verwendungszweck des heimes einverstanden und billigte es, daß alle über 18-jährigen auszubildenden nach und nach ausziehen müssen. zu einer diskussionsveranstaltung erschien der eingeladene vertreter des betriebsrates nicht, mit der begründung: "alles was zu dieser angelegenheit zu sagen ist, ist schon gesagt worden".

aus einer erklärung der jugendvertrauensleute und des heimbewohnerkollektivs: "die kündigungen waren jedoch nur die flamme ans benzinfaß. wogegen die heimbewohner schon seit jahren sturm laufen, sind gravierende mißstände: fehlen der wohnlichen atmosphäre, katastrofale sanitäre einrichtungen, mangelndes freizeitangebot, unzureichende kommunikationsmöglichkeiten. es gibt weder mitbestimmung noch mitverantwortung der heimbewohner, und es mangelt an pädagogischer betreuung.

die politisch-gewerkschaftlichen aktivitäten auf dem jugendsektor hoechst kamen größtenteils aus den heimen, und hier von den über 18-jährigen. hier soll offenbar dieser zusammenhalt von den lehrlingen zerstört werden, denn auch den farbwerken ist klar, daß politische arbeit mit eine sache des informationsaustausches ist, und der ist in den heimen aufgrund der wohnsituation gegeben. heimbewohner, die vielleicht nur ein jahr im heim leben, können nicht viel unruhe erzeugen, dazu ist die zeit viel zu kurz, und wenn dazu die über 18-jährigen auf verschiedene erwachsenenwohnheime verstreut sind, dann ist keine allzugroße aktivität mehr zu erwarten."

am 29. oktober schickte die werksleitung eingeschriebene briefe an die eltern der gekündigten lehrlinge und bat um unterbringung in einem erwachsenenwohnheim "mit der gleichen mietverbilligung von 40,- dm wie im jugendheim oder in einem privatzimmer mit einem monatlichen mietzuschuß von 100,- dm."

am 11. november wandten sich zwei pädagogische praktikanten in einem info an die heimbewohner, und forderten vom jugendsozialwerk u.a. den ausbau eines gemeinschaftsraumes, um den lehrlingen aus der isolation herauszuhelfen. daraufhin wurde vom JSW beschlossen, einen der betreuer zu versetzen. gleichzeitig wurde ihnen wegen des ersten infos fristlose kündigung angedroht, die dann am 24. november erfolgte, gekoppelt an ein hausverbot; mit der begründung, sie hätten im info den heimleiter angegriffen, was aber nur ein klarer vorwand ist, um die engagierten betreuer zu entlassen. die beiden pädagogischen praktikanten sehen aber den grund für die entlassung in ihrem arbeitsprinzip: "mit den lehrlingen für die lehrlinge".

am letzten mittwoch wurde eine veranstaltung mit den heimbewohnern und ihren gekündigten betreuern abgehalten, auf der sie eine resolution mit den folgenden forderungen gefaßt haben:

- zurücknahme von allen kündigungen der 50 heimbewohner und der kündigungen und hausverbote der praktikanten.
- alle lehrlinge, die zur zeit im wohnheim wohnen, müssen bis zur beendigung ihrer lehre wohnen bleiben können.
- nichtschließung des heimes II und umbau im interesse der lehrlinge, arbeit der pädagogischen mitarbeiter auf der basis ihrer forderungen.

der kampf der farbwerke hoechst und des jugendsozialwerkes gegen die lehrlinge und ihre betreuer dauert an.

OFFENBACH (ID) STREIK AN OFFENBACHER BERUFSSCHULE

30. november am vergangenen mittwoch haben sieben klassen der gewerblichen berufsschule in der schlossgrabengasse in offenbach gestreikt. die schüler, allesamt im dritten lehrjahr, protestierten durch den unterrichtsboykott gegen ihre miese schulsituation, die sie gleich doppelt zu spüren bekommen: einmal haben sie nur vier stunden unterricht die woche, zum anderen müssen sie, eben weil sie nur einen halben arbeitstag in der schule verbringen, nach dem unterricht in die betriebe zurück.

nach auskunft der gewerkschaft erziehung und wissenschaft sollten lehrlinge wöchentlich zwölf stunden berufsschulunterricht haben. da dies aber wegen der mangelhaften ausstattung der schulen nicht durchführbar ist, wurde in diesem jahr von vornherein die unterrichtsdauer auf neun stunden (einschließlich religion) festgesetzt. doch auch das scheint nur auf papier zu stehen. die schüler in offenbach sind ungeduldig geworden: sie fordern ihr recht auf ausbildung und wehren sich dagegen, daß sie sich sozusagen als belohnung für einen miesen, unzureichenden kurz-unterricht anschliessend in den betrieben weiter ausbeuten lassen dürfen.

HAMBURG (ID/FR) PUTSCHKLATSCH IN OFFIZIERSKASINO

26. november ein oberstleutnant der bundeswehr (taktiklehrer der heeresoffizierschule 2 , wandsbek) antwortete auf die frage nach den möglichkeiten eines putsches in der BRD mit einem klaren ja: "ja, darüber werde im kasino durchaus diskutiert. dieser fall sei gegeben, wenn eine 'linke' regierung über bestimmte verstaatlichungsmaßnahmen hinaus die grundsubstanz der verfassungsmäßigen ordnung, die artikel 1-19 GG, antasten würden. und dies sei ja schließlich eine frage der interpretation!"

FRANKFURT (PL/ID) DAS LEBEN VON VIELEN IN DEN BOTSCHAFTEN VON
28.11.73 SANTIAGO IST IN GEFAHR

exilierte chilenen in mexiko, die die unterdrückung durch die junta nach dem umsturz der allende-regierung in ihrer ganzen grausamkeit erlebten, haben "prensa latina" ihre sorge über das los von hunderten von landsleuten, die in verschiedenen botschaften in santiago de chile zuflucht gefunden haben, ausgedrückt. sie behaupten, informationen aus chile bekommen zu haben, wonach die schriftstellerin lucilla lorsch, verfasserin eines bandes der "historia de chile" vom verlag quimantú veröffentlicht, umgebracht werden könnte. sie kann oder ist schon zum tode verurteilt worden, und dazu kommt noch, daß ihre arbeit in dem erwähnten buch große aufregung und wut innerhalb der rechten und der militärs hervorgerufen hat.

die exilierten chilenen in mexiko haben in diesen tagen einen aufruf an die ganze welt gerichtet, damit nicht vergessen wird, wie nötig und dringend viele chilenen auf hilfe und unterstützung angewiesen sind.

unter denjenigen, die noch auf eine genehmigung der junta warten, um chile verlassen zu dürfen, befinden sich: gonzalo martner, leiter des planifizierungsbüros, jaques chonchol, ehemaliger landesminister, und marta hanecker, herausgeberin der

zeitschrift "chile hoy". alle drei sind in der botschaft von venezuela. in der botschaft von holland warten noch orlando millas, ehemaliger finanzminister, julieta campuzano, senatorin und mitglied des zentralkomites der kp chiles, gladys marín, abgeordnete und hauptführerin der kommunistischen jugend, und mireya baltra, kommunistische abgeordnete und ehemalige arbeitsministerin. in der botschaft von panama : hernan uribe, herausgeber der sozialistischen zeitung "ultima hora", aníbal severino, valenti rossi, senator und mitglied der kp, sergio insunza, ehemaliger justizminister, manuel cantero, abgeordneter und mitglied der kp, sergio villegas, zweiter herausgeber der kommunistischen zeitung "el siglo", nelson villagra, fernsehn- und theaterschauspieler, und julio huasi, redakteur der illustrierten "punto final". in der botschaft von schweden: luis figueros, vorsitzender der "central unica de trabajadores" (dachverband der chil. gewerkschaften), und in der von schweden betreuten ehemaligen cubanischen botschaft: alejandro perez, geschäftsführer der illustrierten "punto final", und max marambio, ehemaliger leiter der leibgarde von allende. in der botschaft von kolumbien: oscar carretón, generalsekretär der MAPU, und hernan del canto, sozialistischer führer.

DER ERSTE NOTSTANDSONNTAG

BAYERN (ID)
29. november 73

"ich wohne hier in einem neubau als einziger deutscher, der rest sind sogenannte "gastarbeiter" (jugoslawen, türken und so). vor monaten hatten wir zusammen einen mietstreik erfolgreich durchgeführt, lernten uns dadurch besser kennen, natürlich ist dabei der politische aspekt solcher handlungen berücksichtigt worden.

am 'bewußten' sonntag trafen wir uns wie zufällig in einer kneipe und diskutierten hin und her. es war keine große politische diskussion, erst nach und nach tauchten verschiedene standpunkte auf - allerdings unter einem ganz ungewöhnlichen, überhaupt nicht erwarteten gesichtspunkt (es klingt recht blöde, das zu schreiben, aber es war wirklich so). nämlich: die stille hat die leute verwundert und in die kneipen geführt, und da wurde eben alles unter diesem gesichtspunkt bequasselt. irgendwo war jeder sich über den hintergrund des ölboykotts, besser: krise im klaren, dann wurden erst langsam, aber auch bewußt diejenigen gefragt, die sport- und sonstige "luxuswagen" besitzen, um es kurz zu machen, das ganze lief auf eine elendig lange auto-konsumkritik hinaus, was für mich selber fast unbegreiflicher wurde angesichts dessen, daß hier eine bewußt unterdrückte gesellschaftsgruppe so einfach durchgeblickt hat.

zum schluß kamen wir noch darüber zu sprechen, am nächsten sonntag uns erneut zu treffen, in einer anderen kneipe mit anderen leuten, denn bei solchen gesprächen ist man in keiner weise isoliert vom gegenüber, und der effekt ist ebenfalls nicht zu verachten.

ich schreibe euch das deshalb, weil ich bei dieser gelegenheit selbst ne masse dazugelernt habe, hinsichtlich neuer "agitationsformen" und ein solches vorgehen nur weiterempfehlen kann."

FRANKFURT
25.november 73

ein fröhlicher herr kommt mir in der mitte der fahrbahn entgegen: "mensch meier, da denk ich an meine jugend, da konnte man sonntags auf der straße gehen. von mir aus könnte es immer so bleiben. wer fahren will, soll mal mit der bahn fahren!"

in der kneipe um die ecke wurde lange nicht mehr so viel gesoffen wie an diesem sonntagvormittag. neben mir schimpft einer auf die bildzeitung: "das ist alles quatsch, persönliche freiheit und so. der hat doch drei wagen in der garage und sondererlaubnis in der tasche" - die anderen stimmen ihm zu. (bild am sonntag warnt in dem artikel vor drohendem klassenhaß, den wir dieser regierung zu verdanken hätten). "ich hab einen bmw, 85 ps, laß ich liegen, o.k. aber was passiert mit den steuern. ich habe ausgerechnet: durch die 4 sonntage schenke ich dem staat 12,5o dm, und dann noch die versicherung. das finde ich eine schweinerei."

"ich bin metzger", sagte ein anderer, "habe gestern fleisch rausgefahren zu den villen am dornbusch. da dampfen überall die swimmingpools, und ich habe zu hause eine 8 monate alte tochter, und da soll ich die heizung abdrehen. aber sie soll es

warm haben, wenn es sein muß, heize ich halt elektrisch - der genscher fliegt allein mit 5 sicherheitsbeamten nach china, und der brandt lädt 1000 gäste zu seinem geburtstag ein. wenn ich geburtstag habe, dann sind 4 oder 6 gäste dabei. wozu braucht er denn so viel?" (brandt hat sein fest abgesagt). ein anderer meint, er hätte kein auto, ihn juckt das ganze überhaupt nicht. kein wort von den arabern, kein wort von erpressung.

auf der hauptwache spielt der rk fußball. stolze reiter kommen vorbei, werden beschimpft, ausgelacht. nebenan spielt die f.a.u.s.t gruppe ein stück über allende und die milch, die den armen wiedeagenommen wurde.

BERLIN
25. november 73

"der erste fahrverbotssonntag, totensonntag, war auf dem kudamm sehr lustig. mehrere hundert leute eroberten zunächst friedlich die straße mit rollschuhlaufen, straßen bemalen, radfahren und ähnlichem. alles lachte über einen als ölscheich mit benzinkanister verkleideten radfahrer, nachlaufen, kreiselpeitschen, seilspringen, ballspielen und viele diskussionsgruppen sammelten sich an. dann wurde es etwas aggressiver: fußballspielen (manchmal voll gegen geschäftsfassaden), in einem großen ringelreihen tanzend nahmen wir das kranzlereck singend in beschlag - "zocki-zucki, der kudamm gehört heute uns." und dann ging das autofangen los, zuerst stellen sich ein paar leute vor autos, besonders bmw, mercedes-sportwagen und bullenwagen, und hören sich mal an, wofür die fahrer ihre ausnahmegenehmigungen bekommen haben, bald steht ein dichter menschenwald drumherum, und bullenwagen müssen die wagen rückwärts wieder rausdirigieren. einmal kamen die bullen erst gar nicht aus ihrem wagen heraus, die hecktüre wurde zugedrückt, und die bullen blieben drin - "der mai ist gekommen, die bullen reißen aus". gegenüber vom kempinski (dickes hotel) sammeln sich ein paar hundert leute, es wurde auf papierkörben getrommelt, getanzt und geswingt - "we got soul on the road". das beste war ein feuer! weil es so kalt war, sahen alle ein, daß mitten auf dem kudamm ein großfeuer brennen mußte und schleppten das wenige brennbare heran, was sich auf dem kudamm finden läßt. die bullen wollten wohl wegen der vielen passanten keinen massiven knüppeleinsatz starten, so konnte der erste anschlag aufs feuer abgewehrt werden. als drei löschzüge kommen, bilden wir ketten und lassen weder die feuerwehr noch bullen durch - "der kudamm ist ein kudamm und kein bullendamm". "samstags, montags immer frei für die polizei, und noch mehr für die feuerwehr". nur ein brandfachmann durfte durch, begutachtete das feuer, fand es dann lieber auch schön warm als gefährlich. erst abends, als viele gegangen waren, stellten sich bullen drumherum und ließen es ausgehen.

ein paar aufgeschnappte meinungen: "die hier spielen und lassen keinen mitspielen". "komm, kind, du bleibst hier und kuckst zu wenn die polizei kommt, damit du morgen nicht glauben mußt, was in der zeitung steht." vorschlag eines anstreichers: unterschriftensammlung an araber als dank. volksredner bauen sich auf, zum teil recht angesäuselt: "was würdet ihr machen, wenn ich der adolf wäre", aber wir brauchen keinen, der für alle spricht, jeder kann selber reden. "mann, ehrlich, wer hat schon bei sich zu hause die heizung kleinergestellt? warum denn auch? die krise ist ja doch nur gemacht von den bossen und ölkonzernen." "sonntag nulltarif, wir haben doch sowoeso schon alle kfz-steuer bezahlt."

nächsten sonntag will der senat den kudamm von 13 bis 20 uhr für autos sperren, um "möglichen härten vorzubeugen und den ringelreifreudigen und straßenmalern entgegenzukommen" (tagesspiegel, 29.11.73).

"wir hoffen aber, " betonte der zuständige referent der wirtschaftsverwaltung, "daß wir aus dem jux raus sind". wir hoffens nicht. am nächsten sonntag gibts heißen tee, straßentheater, musik und was jedem sonst noch so einfällt."

WETZLAR (ID) SOLIDARITÄT DER DORFBEWOHNER MIT DEN KOMMUNARDEN

25. november (s.ID nr.12) "...die ganze sache hat uns letztlich doch noch ganz schön erfolg gebracht, denn wir haben die bewegung und die stimmung mit recht viel erfolg versucht aufzufangen. dabei haben wir uns sehr gut überlegt, wie wir das tun, und wir sind so praktisch durch den zwang der äußeren umstände (die kommune lebt in einem dorf) dazu gekommen, end-

lich mal einen anderen stil und eine andere sprache zu finden, als der übliche rh- bzw. spontijargon. nämlich: einen stil und eine sprache, die man jedem normalen "mitbürger" in die hand geben bzw. in den briefkasten stecken kann. wir haben zum ersten mal eine sprache gesprochen, die sich agitatorisch angenehm von dem "haut dem bullen in die fresse" unterscheidet...

...wir haben am freitag, den 16., eine öffentliche diskussion in wetzlar und in oberbiel gehabt, wovon vor allem die im dorf ein dufter erfolg war und uns viele sympathien brachte. hier konnten wir den in der dokumentation ausgeklammerten teil der gewaltfrage relativieren, und was man da aus der "normal bevölkerung" hörte, läßt einen echt wieder hoffen. auch sonst war die solidarität groß, nicht nur die interne..."

"unsere prozeße werden wahrscheinlich alle eingestellt. der ursprüngliche anlaß für die verhaftungen und haussuchungen war ein einbruch in ein lebensmittelgeschäft. entgegen allen anders lauteten pressemeldungen stellen wir hier richtig, daß niemand von uns "auf frischer tat" ertappt worden ist. es wurde auch kein diebesgut bei uns gefunden. alle diesbezüglichen angaben sind entweder von den bullen ausgegeben worden, um unserem ansehen hier in der öffentlichkeit zu schaden, oder von der presse frei erfunden, um das "kommunevorurteil" zu verfestigen.

da wir die sache als vorläufig abgeschlossen betrachten, möchten wir allen genossen für die sofort nach bekanntwerden einsetzende hilfe und solidarität herzlich danken.

die beschlagnahmten akten der kommune oberbiel (kreis wetzlar) sind in anwesenheit unseres rechtsanwalts geöffnet und durchgesehen worden. es fanden sich keinerlei hinweise auf den tatbestand der kriminellen vereinigung. es fanden sich nicht einmal "konkrete anhaltspunkte", "daß zwischen der kommune und anderen anarchistischen gruppen einschließlich der 'kriminellen vereinigung baader-meinhof' eine verbindung besteht" (wnz, 23.11.73).

wir haben inzwischen fast alle unsere sachen wieder. nichts ist gefunden worden! bei den noch einbehaltenen akten erwartet staatsanwalt griebel "keine sensationellen entdeckungen" mehr. wäre auch erstaunlich.

man ermittelt noch ein bißchen weiter, weil wir verbindung zur rh frankfurt haben, gegen die wiederum ermittelt wird, weil sie angeblich eine "kriminelle vereinigung zum zwecke der beleidigung ist!" kommune oberbiel

BREMEN (ID) STRAFGEFANGENE MÜSSEN EIGENE BERUHIGUNGSZELLE BAUEN

27.november seit einigen tagen weiß man, daß in der jva bremen-oslebshausen infolge eines umbaus eine glocke (beruhigungszelle) errichtet wird. in diesem raum befindet sich nur ein in den boden eingelassenes holzbrett, einer versenkung in der ecke als wc und ein heizlüfter mit regelbarer temperatur von 20- bis 60+.

die strafgefangenen werden unmittelbar zum bau der glocke gezwungen. weigert ein gefangener sich der ihm zugeteilten arbeit, so nennt man es "arbeitsverweigerung" und bedroht ihn mit freizeitsperre, einkaufssperre, einzelhaft und absonderung, urlaubssperre, radioentzug usw. außerdem nennt man ihn dann aufsässig.

FRANKFURT (ID) AUSZUG AUS DER RESOLUTION DER UNI-VOLLVERSAMMLUNG AM 28.11.73

FÜR EIN KOSTENDECKENDES BAFÖG - GEGEN DIE MATERIELLE REGLEMENTIERUNG DES STUDIUMS!!!

die soziale lage der studenten verschlechtert sich ständig. gebührenerhöhungen, zu geringe bafög-bezüge, die z.zt. außerdem noch massiv verringert werden, steigende mieten zwingen uns, genau wie die werktätige bevölkerung, den kampf aufzunehmen. der schwerpunkt dieses kampfes muß auf der materiellen absicherung des studiums für minderbemittelte studenten liegen, der kampf für eine ausreichende förderung ist der gegenwärtige wichtigste hebel, unsere soziale lage zu verbessern.

bisher war der bürgerliche staat nicht bereit, minderbemittelten

studenten, die die mehrzahl der gegenwärtig studierenden ausmachen, eine ausreichende absicherung zu garantieren. jetzt geht dieser staatsapparat dazu über, in einer koordinierten aktion die zahl der geförderten zu beschränken und die förderungsbeträge zu verringern. indem wir in materieller unsicherheit gehalten werden, sollen die kosten im ausbildungssektor verringert werden und die reglementierung des studiums reibungsloser vollzogen werden. hier wird klar, daß die verschlechterung der sozialen lage der studenten eine flankierende maßnahme des hrg darstellt. sie soll eine verringerung der kosten im ausbildungssektor erreichen und den hochschulzugang erschweren. mit dem bafög wird materieller druck auf die studenten ausgeübt, um sie im kampf gegen die kapitalistische hochschulreform einzuschüchtern.

unser widerstand richtet sich gegen diesen bürgerlichen staat, der bewiesen hat, daß ihm zugeständnisse nicht durch kompromisse und bittbriefe abzuringen sind, sondern nur durch einen entschlossenen organisierten kampf für unsere forderungen:

- für ein sofortiges kostendeckendes bafög/jährliche angleichung an die gestiegenen lebenshaltungskosten!
- sofortige erhöhung der elternfreibeträge auf 1.500 dm/jährliche angleichung an die gestiegenen lebenshaltungskosten!

die vollversammlung der uni frankfurt wendet sich gegen die im bafög enthaltenen disziplinierungsparagraphen. vor allem de § 20.2, der festlegt, daß streikende studenten ihren förderungsanspruch verlieren, aber auch die zusätzlichen leistungsnachweise, die die funktion haben, den erhalt der förderung an die politische zuverlässigkeit der gefördert zu binden, müssen gestrichen werden.

das bewilligungsverfahren findet unter entwürdigenden bedingungen statt. ewige wartezeiten, berge von bescheinigungen und ein unerträglich aufgeblähter wust von formularen sollen uns in unsicherheit versetzen und gegenüber dem bürokratischen apparat individualisieren.

- keine bürokratischen schikanen - für eine einfache zuteilung des bafög bei stellung des antrags!

die verkürzung, verschulung und reglementierung des studiums durch regelstudienzeiten ist auch im bafög enthalten. die koppelung der höchstförderungsdauer an die regelstudienzeiten des hrg soll diese durchsetzen helfen.

- keine regelstudienzeiten im kapitalinteresse - zurücknahme der gebührenbescheide!

die vollversammlung der uni frankfurt beschließt:

1. der asta der uni frankfurt führt den kampf auf der grundlage der genannten forderungen.
2. der asta setzt sich dafür ein, diese forderungen im vds zur grundlage des kampfes gegen die verschlechterung der sozialen lage zu machen.
3. der asta organisiert bis spätestens mitte dezember 73 eine demonstration unter diesen forderungen.
4. der asta nimmt kontakte zu stadtschülerrat und lehrlingsvertretungen auf, um ein einheitliches vorgehen in dieser frage herzustellen.

FRANKFURT (ID) ZUR LAGE DES HÄUSERKAMPFES
30. november 73

nach dem gerichtlichen beschluß sollten die bewohner des besetzten hausblocks bockenheimer/schuhmannstr. am 31. oktober die wohnung verlassen und, wie die hausbewohner erfahren haben, war die polizeiliche räumung vorbereitet.

aber die mobilisierung von ein paar tausend leuten, - die an dem teach-in, demonstration undan den vorbereitungen zur hausverteidigung teilgenommen haben - und ie sympathie der bevölkerung haben diesen plan des spd-magistrats durchkreuzt. die hausbewohner sind noch heute im block. sie haben erreicht, daß diesmal dort nicht geräumt wurde, wo noch keine bau- und abrißgenehmigung vorlag.

die stadt schweigt zu allem. und was mit dem spekulanten bubis (dem hausbesitzer) ausgemauschelt wird, erfährt der häuserrat und die blockbewohner über zeitungsbereichte, wo sehr ausführlich über die bemühungen von bubis erzählt wird: daß er viel geld ausgibt, um die bedingungen zu erüllen, die die baugenehmigung ermöglichen. es kam von der stadt auch kein angebot von ersatzwohnungen (forderung der genossen) für die hausbesetzer und die emigranten aus den mietbestreikten häusern.

nach dem organisations- und räumungsstress waren die genossen ziemlich fertig, aber nun laufen versuche, die zusammenarbeit mit den mietstreikenden emigranten besser zu koordinieren.

im frühling bei der verteidigung des kettenhofwegs und nach der der räumung folgenden demonstration wurden einzelne herausgegriffen, festgenommen und jetzt vor gericht gestellt. der erste prozeß fängt montag den 3.12. an. um die öffentlichkeit zu informieren, wird ein tribunal mit straßentheater, informationsständen u.a. organisiert.

der juso-unterbezirksvorstand hat zu dem prozeß eine resolution verfaßt, in der es u.a. heißt: "der unterbezirksausschuß der frankfurter jungsozialisten protestiert schärfstens gegen den versuch der frankfurter justiz, die auseinandersetzungen um das haus kettenhofweg 51 mit gerichtlichen mitteln fortzusetzen. die anklage gegen 69 demonstranten wegen verdachts auf landfriedensbruch, widerstand gegen die staatsgewalt, körperverletzung und sachbeschädigung bedeutet den versuch, den protest gegen eine stadtentwicklungspolitik im interesse der spekulanten und des hinte ihnen steckenden großkapitals zu unterdrücken und zu einer juristischen frage herunterzuspielen ....

die frankfurter jungsozialisten erklären, daß sie sich wie im fall amendt und allen weiteren fällen, mit den von der bürgerlichen justiz politisch verfolgten, mit allen konsequenzen solidarisch verhalten werden."

letzte meldung: am mittwoch (5.12.) wird öffentlich an der uni über die forderung nach ersatzwohnungen verhandelt. letztes gerücht: es ist damit zu rechnen, daß trotz verhandlungen der block noch in diesem jahr geräumt wird, da ab 1. jan. die polizei nicht mehr der stadt frankfurt, sondern dem hessischen innenminister untersteht, und er möchte diesen schmutzigen job noch von der frankfurter stadtverwaltung erledigen lassen.

SINDLINGEN (ID)
30. november 73

PROLL-PROZESS - VERFASSUNGSSCHUTZ HÄLT ZEUGEN ZURÜCK

noch mindestens 16 (!) beamte des verfassungsschutzes waren zeugen der vorgänge zwischen dem "café westend" und der ecke unterlindau/bockenheimer landstraße. als das gericht erwog, auch diese zeugen laden zu lassen, gab köln eine erklärung des BKA-chefs herold ab: das BKA habe sich um die freigabe weiterer zeugen bei den diversen verfassungsschutzämtern bemüht, der verfassungsschutz gebe jedoch außer grünhagen keine weiteren zeugen frei.

nach der erklärung herolds durch köhn betonte staatsanwalt schäfer das interesse der staatsanwaltschaft an diesen zeugen. daraufhin gab RA Preuss folgende erklärung ab: "mit der mine des biedermanns erklärt staatsanwalt schäfer, er sei in diesem prozeß an einer vollständigen aufklärung interessiert, derselbe staatsanwalt, der eine 200 seiten starke anklageschrift vorgelegt hat. jetzt versucht er aus der not - nämlich einer mißglückten anklageschrift - eine tugend zu machen, und wirft sich auf zum herold der aufklärung. das ist eine anmaßung.

es kommt der eindruck auf, als sollten durch das nennen von adressen nach und nach zeugen gesammelt werden, als könnten dadurch sachverhalte aufgeklärt werden. zunächst haben wir einen v-mann gehabt, der ist hier gewesen. was hat seine aussage zur aufklärung beigetragen? wenn da mal eine bröckchenweise freigegeben wird, verdunkelt das nur den tatbestand. die suche nach zeugen kann nur aufgenommen werden, wenn 1. eine unbeschränkte aussagegenehmigung von seiten des BKA vorgelegt wird, damit von einem zeugen hier alle teilnehmer genannt werden können. eine teilfreigabe der zeugen ist sinnlos. 2. sämtliche beamten müssen hier angehört werden. das sind mindestens 16. eine teilung und parzellierung der zeugen lehnen die verteidiger ab. 3. selbst, wenn zeugen herangeschafft werden, so sitzen hier ständig prozeßbeobachter des BKA und anderer stellen herum, die für einen ständigen rückfluß an information und damit für die anpassung der zeugenaussagen untereinander sorgen. die situation wird sich genauso darstellen wie in den akten, weil die zeugen ihre aussagen aneinander angleichen werden.

staatsanwalt schäfer ist an einer vollständigen aufklärung gar nicht interessiert. er kann daran gar nicht interessiert sein. die ganze anklage ist eine lüge. diese lüge wird rationalisiert durch die aufgabe des scheins, die staatsanwälte seien die vertreter der anklage."

am 27.11.73 gibt der vorsitzende menges bekannt, daß das gericht je einen brief an das BfV köln und das LfV hessen schreiben will mit der bitte um freigabe der in frage kommenden zeugen.

AUSLAND

NORDIRLAND (EOLAS/ID) NEUESTE PLÄNE ZUR EINRICHTUNG VON KZs

november 1973 über 800 männer und - inzwischen 12 frauen - sind ohne anklage und ordentliches gerichtsverfahren in den konzentrationslagern nordirlands interniert.

"in magilligan in der grafschaft derry entsteht ein riesiges konzentrationslager, an dessen fertigstellung fieberhaft gearbeitet wurde... berichten zufolge soll das neue lager 1,5 mio. pfund (rund 9 mio. dm) kosten..."

bei einem besuch des britischen premiers edward heath in bonn sprach bundeskanzler brandt über die freigabe von subventionsmitteln aus dem eg-fond für "strukturell unterentwickelte gebiete", womit in diesem fall schottland und nordirland gemeint sind. der verdacht dürfte sichere gewißheit sein, daß die freigabe solcher mittel direkt oder indirekt zum neubau von konzentrationslagern benutzt wird.

wir fordern deshalb dazu auf, entsprechende protestschriften an die bundesregierung zu richten. westdeutsches ira solidaritätskommitee, 6 frankfurt/main, hamburgerallee 47

SÜDWESTAFRIKA (ID) NACHRICHTEN AUS DEM SÜDLICHEN AFRIKA

november 73

koordinierte verfolgung von freiheitskämpfern durch portugiesische und rhodesische behörden

der rhodesische premierminister ian smith hat zugegeben, daß mit den portugiesischen kolonialbehörden in mozambique ein abkommen abgeschlossen wurde, wonach rhodesischen sicherheitskräften die verfolgung von freiheitskämpfern in mozambique erlaubt ist.

unterstützung der sowjetunion für guinea-bissao nach bildung einer militärregierung

dem "vorsitzenden des staatsrates" der republik guinea-bissao, luis cabral, wurde in moskau unterstützung bei der vertreibung der kolonialisten zugesagt. portugiesische genossen haben von freiheitskämpfern der p.a.i.g.c. erfahren, daß vor der moskau-reise die politischen kader der revolutionären bewegung an der spitze des unabhängigen guinea-bissao durch militärs ersetzt wurden.

PRAG (ID) TV-SPOTS GEGEN LANGE HAARE

november 1973 im abendprogramm des cssr-tv werden regelmäßig fernsehspots gezeigt, in denen langhaarige jugendliche lächerlich gemacht werden.

die frisur eines langhaarigen dient zum beispiel weißen mäusen und anderem kleingetier als unterschlupf. oder ein weiteres beispiel: man sieht vier jugendliche, die aus einem friseursalon kommen, ihre langen haare bewundern und dann plötzlich von einem gerüst aus mit kalkwasser begossen werden! kommentar: so was braucht höchstens eine wasserwelle.

nach den "neuen richtlinien" müssen mitwirkende im fernsehen (hitparade und andere popsendungen) "angemessen frisiert" sein. selbst karel gott (nr. 1 in cssr-showgeschäft) mußte haare lassen.

DOKUMENTATION

DOKUMENT 1 — BRIEF DER AMNESTY INTERNATIONAL AN WILLY BRANDT

sehr geehrter herr bundeskanzler!

wir unterstützen die initiative von amnesty international in der frage der chile-flüchtlinge.

doch während eine welle der hilfsbereitschaft durch die bevölkerung geht - amnesty international hat inzwischen angebote für etwa 1.300 wohnplätze erhalten - , während sich immer mehr chile-flüchtlinge um eine ausreise in die brd bemühen - insgesamt wollen etwa 30-50.000 chile-flüchtlinge nach europa - während unsere nachbarländer (schweden, schweiz, frankreich, italien, österreich, ddr) schon seit langem chile-flüchtlinge aufgenommen haben, hat die bundesregierung bisher lediglich eine dreiköpfige delegation (je einen vertreter des verfassungsschutzes, des außenministeriums und der bundesanstalt für arbeit) nach santiago entsandt, die bis jetzt etwa 160 chilenen für die einreise in die brd gewinnen konnte. es gibt anzeichen dafür, daß die regierung die zahl der chile-flüchtlinge möglichst gering halten will.

der deutsche botschafter in santiago verweigerte die annahme einer liste mit 300 chilenen, die in die brd ausreisen wollten. die deutsche botschaft in mexiko wies vier brasilianer ab. die anderen deutschen botschaften in lateinamerika unternehmen ebenfalls nichts, um chile-flüchtlingen zu helfen. am 23. 10. 73 wurde ein brasilianer wieder nach mexiko zurückgeschickt, nachdem er zwei tage in frankfurt in polizeigewahrsam verbracht hatte.

wir bitten sie dringend, der skandalösen verschleppung der chile-frage entgegenzuwirken. wie sie wissen, ist eile geboten, da tausende politisch verfolgter nur noch bis zum 31. 12. 73 aus chile ausreisen können. andere lateinamerikanische länder werden chile-flüchtlinge bis ende november ausliefern.

die aufnahme politisch verfolgter entspricht einem gebot des grundgesetzes sowie demokratischen und humanitären prinzipien.

wir fordern:

- keine zurückweisungen politisch verfolgter durch deutsche botschaften und konsulate in lateinamerika oder durch deutsche grenzbehörden.
- hilfeleistung für chile-flüchtlinge durch alle deutschen botschaften in lateinamerika.
- keine auswahl der flüchtlinge nach arbeitsmarktlage in der brd oder nach politischer opportunität.
- einreisegenehmigungen für alle politisch verfolgten chile-flüchtlinge.

DOKUMENT 2 — BRIEF EINER FASCHISTIN AUS SANTIAGO

20. november 73

kurze zeit nach dem putsch in chile gingen in dortmund solidaritätsresolutionen herum, die man mit name und adresse unterschrieb. in der vergangenen woche erhielten viele der unterzeichner dieser resoution den folgenden text aus santiago zugeschickt:

"in bezug auf ihr rundschreiben gebe ich ihnen folgende antworten:

1. wir, 90 % der chilenen, sind glücklich, glücklich, glücklich und unendiich dankbar, daß unsere streitkräfte uns von der marxistischen regierung befreit haben.
2. während der vorigen regierung wurde die wirtschaft vollkommen ruiniert, industrie und landwirtschaft lagen brach.
3. die arbeiter taten fast nichts, ständig gab es nur kundgebungen, märsche und versammlungen.
4. wir frauen mußten für lebensmittel vier bis fünf stunden schlange stehen, hunderte lagerten die ganze nacht in decken gehüllt oder bei einem feuer vor den bäckereien, um morgens die ersten zu sein.
5. man war seines lebens nicht mehr sicher, extremisten besetzten fabriken, ländereien, häuser und grundstücke und bedrohten oder mordeten die rechtmäßigen besitzer.

6. all dies wußten wir vor dem 11. september, danach kam erst die ganze korruption der führenden männer ans tageslicht.
7. wir erfuhren von dem plan z, zu dessen ausführung die gefundenen waffen in der moneda und tomás moro und später noch an anderen orten dienen sollten. es wäre ein grauenhafter bürgerkrieg entstanden.
8. jetzt gibt es wieder alles zu kaufen, ohne schlangen, es herrscht wieder ordnung, anstand und sicherheit.
9. das militär wollte nie an die macht kommen. wir, das chilenische volk, vor allem wir frauen, zwangen die streitkräfte zu dieser aktion, die unser herrliches vaterland vor dem kommunismus rettete.
10. glauben sie nicht, was die marxistische propaganda dort berichtet, diese greuelmärchen sind nicht wahr. der kommunismus ist eine traurige angelegenheit, bei uns ist wieder die freude zur arbeit eingekehrt. sie werden nichts erreichen mit ihren schreiben, besonders unsere jugend will ein freies chile. daß sie falsch informiert sind, sieht man schon daran, daß sie uns nicht auf deutsch schreiben; wir chile-deutschen, 5. generation im lande, sprechen und schreiben das deutsche einwandfrei.
viva chile libre!!!"

freundlichen gruß, martha freytag
santiago, carascal 45

DOKUMENT 3 100% HEIZKOSTENZUSCHLAG VERLANGT

köln, 9.nov. sehr geehrter mieter!

weitere preissteigerungen des heizöles in den letzten 2 wochen haben veranlasst, dass wir uns eingehend mit dieser angelegenheit beschäftigten. die rücksprache mit einem heizungstechniker und unserem ölliferanten ergab für uns folgendes ergebnis:

im vergleich zu den anderen brennstoffen war heizöl bisher unterbewertet. z.b. erst bei etwa dm 32,00 pro 100 ltr heizöl liegen die kosten gleich wie erdgas. nachtspeicher-elektroheizung ist noch teuerer. die ölförderländer haben den nahost-krieg als vorwand genommen, diesem zustand ein ende zu setzen. sie drosseln ihre produktion, um ihre einnahmequellen zu strecken und erhöhen die preise, um keine kurzfristigen einbußen zu erle digen. bei diesen höheren preisen ist ölheizung nicht mehr wie bisher, konkurrenzlos billig, aber es bleibt - da nicht teuerer als andere heizungsarten - konkurrenzfähig und wird weiter benutzt.

in groben zügen kann man sagen, dass diese heizungsperiode bei gleichem verbrauch 100-150% teuerer sein wird als die letzte. obwohl wir es zunächst unseren mietern überlassen wollen die monatliche vorauszahlung zu erhöhen oder nicht, ist leider nicht möglich da die mehrkosten für unseren gesamten wohnungsbestand über dm 50.000,- liegen werden, die weder von uns finanziert noch zu derzeitig 15% zinsen geliehen werden können.

eine erhöhung der vorauszahlungen lässt sich nicht umgehen und zwar wie folgt:

a.) bei mietern welche bereits eine heizungsabrechnung erhalten haben, 100% zuschlag auf die verbrauchkosten der letzten heizperiode.
b) bei neuen mietern, oder solchen wo die heizung erst in diesem jahr eingebaut wurde, haben wir durchschnittsbeträge geschätzt. diese liegen bis etwa 100% über den bisherigen zahlungen.

wie üblich wird mitte des kommenden jahres dieabrechnung erfolgen. ihre vorauszahlungen werden wir dann erneut - je nach ihrem verbrauch - festlegen.

wir rechneten ihre neue heizungsvorauszahlung wie folgt aus:
verbrauch 1972/73 dm ... vorauszahlung bisher dm 20.-
neue monatliche vorauszahlung dm 45.-
ab 1.dezember 73 wollen sie bitte wie folgt überweisen:
kaltmiete dm ..... umlagen incl.
heizung dm 45.-
warmwasser dm 10.- (2x dm 5.-) - vorher 2x dm 3.-

......

wir nehmen zwar an, dass sie auf grund dieser kostenlage ihre heizkörper etwas drosseln werden, möchten sie aber zusätzlich auf folgendes aufmerksam machen: es besteht die möglichkeit, dass heizöl künftig rationalisiert wird. wenn dann nicht sparsamer geheizt wird, könnte die anlage z.b. ab ende februar mangels treibstoff kalt stehen.

mit freundlichem gruss"

der direktor des deutschen mieterbundes, helmut schlich, weist darauf hin, daß eine "erhöhung unmöglich ist, wenn dies nicht vorher vereinbart wurde. wenn eine heizkostenpauschale gezahlt wird, kann nicht erhöht werden. erlaubt ist auch nicht, für im sommer preiswert eingebunkerte bestände im nachhinein erhöhte preise zu nehmen. mieter sollen daher in die ölrechnungen einsicht nehmen." schlich weist darauf hin, daß bei den örtlichen mietervereinen für drei mark die broschüre "streitobjekt heizung" erworben werden kann, die genaue angaben über die rechte der mieter enthält. (ED, 27.11.)

LETZTE MELDUNG

PERSIEN (ID) NACHRICHTEN AUS DEM IRAN (CISNU)

persische schriftsteller, journalisten und filmproduzenten, die der herrschaft des schah-regimes nicht zustimmen, sind zur zeit wieder einmal das angriffsziel der persischen geheimpolizei savak. der angriff, der zur physischen liquidierung dutzender von antifaschistischen intellektuellen führen soll, wurde von langer hand propagandistisch vorbereitet. nach berichten der westlichen presse in den vergangenen wochen behauptet die persische behörde, daß eine gruppe der verhafteten die entführung der kaiserlichen familie und des us-botschafters (dem früheren cia-chef richard helms) plante, um damit die freilassung der politischen gefangenen zu erzwingen. diese dümmliche behauptung entpuppte sich bald als unverschämte lüge, als bekannt wurde, daß die verhafteten seit einem jahr in untersuchungshaft sitzen.

die cisnu erklärt dazu: "solche lügen dienen seit zwanzig jahren als politische und juristische rechtfertigung für die ermordung und folterung oppositioneller. die unzufriedenen bauern und arbeiter werden als "rauschgiftschmugler", die studenten als "agenten des roten und schwarzen imperialismus" und die intelektuellen als "terroristen und entführer" zu tode gefoltert und hingerichtet.

nun soll das spektakuläre märchen von der "entführung" die öffentlichkeit im ausland und im iran von dem breitangelegten brutalen vorgehen gegen intelektuelle ablenken. zwölf personen werden, soweit sie den folterung der SAVAK standhalten, bald vor dem militärtribunal stehen. was mit ihnen geschehen soll, zeigt die art und das ausmaß der anschuldigungen. wir glauben aber, daß ein weltweite protest der demokratischen kräfte, insitutionen und persönlichkeiten die liquidirung der neuen opfer des iranischen regimes verhindern kann."

eine demonstration in köln gegen die verfolgungswelle im iran wurde verboten.